

Ulrike Schwarz

Das Haager Erwachsenenschutzübereinkommen

Fall 1

Ein türkischer Erwachsener steht in Deutschland unter Betreuung. Die Betreuung umfasst Gesundheitsfürsorge, Aufenthalt und Vermögen. Der Erwachsene verlässt ohne Wissen seines Betreuers Deutschland und wird in Frankreich von der Polizei aufgegriffen.

Fall 2

Ein unter Betreuung stehender Erwachsener hat Eigentum in Schottland. Sein Betreuer will vor Ort das Eigentum des Betreuten verkaufen.

In Zeiten zunehmender Mobilität einerseits und des demografischen Wandels andererseits rückt das Thema „schutzbedürftige Erwachsene“ mehr und mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Immer mehr Menschen verziehen im Alter ins Ausland. Zum Teil werden sie dort pflegebedürftig, zum Teil wollen sie von dort bereits lebenden Verwandten betreut werden, anstatt in Deutschland in einer Pflegeeinrichtung zu leben.

Der Internationale Sozialdienst ist in solchen Fällen häufig Anlaufstelle für Betreuer, Angehörige oder betroffene Behörden. Es stellen sich aber mehrere Fragen: Wer ist im Ausland handlungsberechtigt? Besteht eine in Deutschland eingerichtete Betreuung im Ausland weiter und – wenn ja – unter welchen Voraussetzungen? Des Weiteren: Gilt deutsches Betreuungsrecht im Ausland möglicherweise weiter und – wenn ja – inwieweit?

Nach Rücksprache mit unseren ausländischen Arbeitspartnern kann im jeweiligen Einzelfall eine Antwort auf die dringendsten Fragen gegeben werden. Dabei ist jeder Fall einzigartig, eine allgemein verbindliche Antwort gibt es nicht. Denn es gibt bisher keine einheitlichen internationalen Regelungen für diese länderübergreifenden Fälle.

Es hängt von der Kreativität der einzelnen Betreuer und Betreuerinnen und/oder der Familienangehörigen einerseits sowie der Bereitschaft und dem Verständnis von staatlichen Institutionen andererseits ab, wie die mit dem Grenzübertritt entstehenden Probleme gemeistert werden. Der Internationale Sozialdienst erarbeitet in einzelnen Fällen mit seinen ausländischen Arbeitspartnern Lösungswege, die jedoch nicht auf andere Fälle, selbst solche in demselben Land, übertragen werden können.

Das Haager Erwachsenenschutzübereinkommen beendet diesen unsicheren Zustand und schafft ein umfassendes

Schutzsystem. Es wird voraussichtlich Ende 2008 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten.¹ Der Internationale Sozialdienst begrüßt, dass durch das Übereinkommen für internationale Fallkonstellationen mit schutzbedürftigen Personen ab 18 Jahren ein einheitlicher rechtlicher Rahmen geschaffen wird. Das Übereinkommen legt staatliche Zuständigkeiten sowie Verfahrensstandards zur Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen fest und ermöglicht die Ausstellung einer international gültigen Bescheinigung zur Betreuung eines schutzbedürftigen Erwachsenen. Des Weiteren wird das System der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit institutionalisiert.

Nach dem Übereinkommen würde in Fall 1 Frankreich entsprechende Schutzmaßnahmen ergreifen und die – im Sinne des Übereinkommens – zuständigen deutschen Behörden entsprechend informieren. Die Schutzmaßnahmen in Frankreich blieben dabei so lange in Kraft, bis die deutschen Stellen eine Entscheidung über weitere Maßnahmen getroffen hätten.

Während bislang einheitliche Zuständigkeitsregelungen fehlen, ist nach dem Übereinkommen ein Staat, unabhängig von der Staatsangehörigkeit des schutzbedürftigen Erwachsenen, regelmäßig zuständig, wenn der Schutzbedürftige seinen Lebensmittelpunkt dort begründet hat („gewöhnlicher Aufenthalt“). Dabei gelten die gesetzlichen Regelungen des zuständigen Staates. Ausgenommen ist der Fall, dass der schutzbedürftige Erwachsene in einem anderen Vertragsstaat aufgegriffen wird. In diesem Fall kann nach dort geltendem Recht eine vorübergehende Schutzmaßnahme ergriffen werden. Diese endet, sobald der Staat des „gewöhnlichen Aufenthaltes“ wieder tätig wird.

Im Fall 2 könnte der Betreuer sich gemäß Artikel 38 des Übereinkommens in Deutschland eine Bescheinigung ausstellen lassen, die ihn zum Handeln in Schottland berechtigt. Diese Bescheinigung wäre in Schottland anzuerkennen.

1) Der deutsche Text ist zu finden in: Deutscher Bundestag, Drucksache 16/3250.

Ulrike Schwarz ist wissenschaftliche Referentin im Arbeitsfeld VII „Grenzüberschreitende Sozialarbeit/Internationaler Sozialdienst“ des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin.

Um in der Praxis ein effektiv funktionierendes Schutzsystem zu gewährleisten, sieht das Übereinkommen in den Vertragsstaaten zentrale Behörden vor, die das länderübergreifende Handeln koordinieren. In Deutschland wird diese Aufgabe vom Bundesamt für Justiz wahrgenommen (www.bundesjustizamt.de). Die zentralen Behörden können dabei auf bestehende Erfahrungen von Fachstellen wie dem Internationalen Sozialdienst zurückgreifen.

Obwohl die Notwendigkeit eines solchen Übereinkommens allseits anerkannt wird, ist es noch nicht in Kraft: Vereinbarungen zum Kinderschutz hatten für viele Staaten Priorität. Nun hat Frankreich im Rahmen der diesjährigen EU-Ratspräsidentschaft zugesichert, dem Übereinkommen beizutreten und dessen Ratifizierung in den Ländern der Europäischen Union als eines der Ziele seiner Ratspräsidentschaft definiert. Mit Beitritt Frankreichs wird die vorgeschriebene Mindestanzahl von Vertragsstaaten für das Übereinkommen erfüllt. Es wird damit Ende 2008 in Kraft treten. Das Übereinkommen findet dann zunächst auf alle länderübergreifenden Fallkonstellationen zwischen den

Vertragsstaaten Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien – dort allerdings nur für das Gebiet von Schottland – Anwendung.

Das Übereinkommen hat aber bereits jetzt Signalwirkung: Auf der Ebene des internationalen öffentlichen Rechts wird augenblicklich an einer Empfehlung gearbeitet, die für die Staaten rechtliche Vorgaben für Inhalt und Mindeststandards bei Vorsorgevollmachten und Vorsorgeverfügungen festlegt. Im Rahmen der Diskussionen wird immer wieder auf das Haager Erwachsenenschutzübereinkommen verwiesen.

Es wird daher damit gerechnet, dass der Beitritt Frankreichs eine Welle von weiteren Beitritten nach sich ziehen wird und das Erwachsenenschutzübereinkommen bald weltweit akzeptiert wird. Der (jeweils) aktuelle Stand der Vertragsstaaten kann auf der Website der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht mit Konventionstext abgerufen werden (www.hcch.net).

Neuerscheinungen

Das Studium des Sozialen

Aktuelle Entwicklungen in Hochschule und sozialen Berufen

Herausgegeben von Peter Buttner

2007, 416 Seiten, kart., 20,50 €; für Mitglieder 15,80 € (zzgl. Versandkosten); ISBN 978-3-7841-1784-3

Reihe Hand- und Arbeitsbücher (H 15)

Die Hochschulausbildung für die sozialen Berufe hat sich in den letzten Jahren rasant verändert – und ein Ende des Wandlungsprozesses ist vorläufig nicht abzusehen. Gründe dafür sind nicht nur die Bolognaerklärung der EU-Staaten und die Hochschulstrukturreform, sondern auch die Transformation des Wohlfahrtsregimes. Die Ausbildung zur Sozialen Arbeit und allgemein zu den sozialen Berufen steht im Schnittpunkt der Sozial-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik.

Durch die Akademisierung von bisherigen Fachschulausbildungen (Pflege, Gesundheitsfachberufe, Erzieher/innen) weitet sich das Spektrum der Hochschulen und das Selbstverständnis der Berufe wandelt sich. Durch die Umwandlung der bisherigen Diplomstudiengänge in Bachelor- und Masterstudiengänge ändert sich die Qualifizierungslogik. Die Anforderungen an alle Beteiligten (Lehrende, Studierende, Praxis) steigen – unter anderem durch erhöhte Ansprüche bei der wissenschaftlichen Ausbildung in den Bachelorstudiengängen und die Spezialisierung bei den Masterabschlüssen.

Das Handbuch bietet detaillierte Informationen und einen guten Überblick für alle, die mit der Hochschulausbildung in sozialen Berufen befasst sind, sei es als Lehrende, Studierende, Studiengangsplaner oder als Anstellungsträger. Die Studienlandschaft der sozialen Berufe wird gesondert nach den Gebieten Soziale Arbeit, Gesundheitsfachberufe, Bildung und Erziehung sowie Pflege dargestellt. Neben Hintergrundanalysen zu der einschlägigen Hochschulpolitik und zu den aktuellen Entwicklungen an den Hochschulen und am sozialberuflichen Arbeitsmarkt werden die aktuellen Ausbildungsfragen der Sozialen Arbeit und der benachbarten sozialen Berufe erörtert: Qualifizierung, Übergang in den Beruf, staatliche Anerkennung, Diversifizierung, wissenschaftliche Anschlussfähigkeit. Empirische Untersuchungen zur Studienkultur und zu den Studieninhalten geben einen konkreten Einblick in die Ausbildungen, der auch für Studienbewerber/innen und Arbeitgeber von Interesse ist.

Bestellungen für Mitglieder des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. direkt bei:

Cornelsen Verlagskontor, Herrn Thomas Ulber,
Tel. (05 21) 97 19-121, Fax (05 21) 97 19-206,
E-Mail: thomas.ulber@cvk.de

Bestellungen für Nichtmitglieder und den Buchhandel direkt bei:

Lambertus-Verlag GmbH,
Postfach 1026, 79010 Freiburg,
Tel. (07 61) 36825-0, Fax (0761) 368 25-33
E-Mail: info@lambertus.de



Deutscher Verein
für öffentliche und private Fürsorge e. V.
Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin
Tel. (030) 629 80-0, Fax (030) 629 80-1 50
E-Mail: hally@deutscher-verein.de